

KURZ

Bundesrat kontert Kritik

ASYLGESETZ Der Bundesrat weist die Kritik des bürgerlichen Neinkomitees an den Abstimmungs-erläuterungen zum Asylgesetz vollumfänglich zurück. Das Komitee hatte dem Bundesrat öffentlich vorgeworfen, die Änderungen würden im Bundesbüchlein beschönigend und irreführend dargestellt. Die erwähnte Rücksichtnahme auf die besondere Situation von Minderjährigen, Kranken und andern verletzlichen Personen beim Ausschluss von der Sozialhilfe sei tatsächlich nicht im Gesetz verankert, hält der Bundesrat fest. Sie ergebe sich aber aus der Bundesverfassung und der Praxis des Bundesgerichts. (sda)

Kurt Koch wird Präsident

BISCHÖFE Kurt Koch, Bischof von Basel, wird neuer Präsident der Schweizer Bischofskonferenz (SBK). Der 56-Jährige löst Anfang 2007 Amédée Grab ab. Die Bischöfe präsentierten den Medien zudem «Empfehlungen für die Umnutzung von Kirchen und von kirchlichen Zentren», die nicht mehr gemäss ihrer ursprünglichen Bestimmung genutzt werden. Darin wird den Eigentümern nahegelegt, bei Zweckänderungen religiöse Gemeinschaften der römisch-katholischen Kirche bevorzugt zu berücksichtigen. Wenn der Kirchturm zum Minarett würde, hielte er das für keine gute Lösung, sagte Grab. Grundsätzlich sei aber nichts gegen Minarette einzuwenden. (ap)

Städte wollen Referendum

STÄDTETAG Die Schweizer Städte fordern rasche Schritte zur Verankerung einer griffigen Agglomerationspolitik im Gesetz. Der Zürcher Stadtpräsident Elmar Ledergger regte am Städtetag in Siders VS zudem analog zum Kantonsreferendum die Einführung des Städtereferendums an. Vom Parlament forderten die Städte, die Vorlage für den Infrastrukturfonds rasch zu verabschieden, weil die akuten Verkehrsprobleme rasch gelöst werden müssten. (ap)

Urteil nach unten korrigiert

MILITÄRJUSTIZ Wegen Verletzung militärischer Geheimnisse hat das Militärappellationsgericht 2 in Solothurn einen Redaktor des «SonntagsBlick» schuldig gesprochen. Mit 20 Tagen Gefängnis bedingt wurde ein früheres Urteil massiv nach unten korrigiert. Der Journalist hatte 2003 einen Bericht über eine Kavernenanlage der Luftwaffe in Buochs NW veröffentlicht. Dafür war er zuerst zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden. In zweiter Instanz hatte das Militärappellationsgericht die Strafe auf sechs Monate erhöht. Die Mediengewerkschaft Comedia hält auch das nach unten korrigierte Urteil «skandalös». (sda)

Die Ärztelobby bewegt sich

Ärzeschaft rückt von Propaganda der völlig freien Arztwahl ab – Patienten sollen in kostensparende Ärztenetze

Wende im Ringen um die Gesundheitsreform: Die Ärzte bieten Hand zur gezielten Förderung von HMO und kostensparenden Ärztenetzen. Im Gegenzug ist die Politik bereit, die Krankenkassen weiterhin zur Zusammenarbeit mit allen Ärzten zu verpflichten.

PATRICK FEUZ

Noch vor kurzem verteuerten Teile der Ärzteschaft HMO-Praxen und Ärztenetze mit Budgetverantwortung als «Billigmedizin». Im gleichen Atemzug ertönte jeweils die Klage über das Ende der freien Arztwahl, weil in solchen Modellen die Patienten nicht direkt zum teuren Spezialisten gehen dürfen. Aber plötzlich ist alles anders. In einem Papier zuhanden der Gesundheitskommission des Ständerats präsentiert die Ärztevereinigung FMH konkrete Vorschläge zur Förderung der Managed-Care-Medizin: Die Zusammenarbeit im Ärztenetz erlaube einen haushälterischen Umgang mit den vorhandenen Mitteln und garantiere hohe Versorgungsqualität. «Die Zeit der Einzelkämpfer ist weitgehend vorbei», sagt FMH-Präsident Jacques de Haller.

Anreize statt Zwang

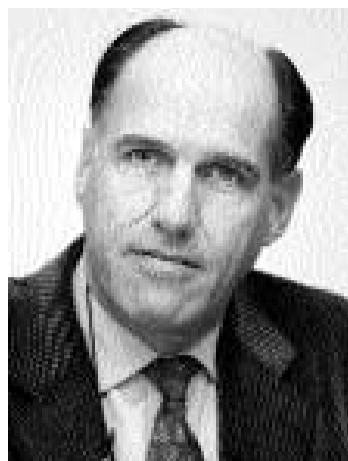
Der Schwenker der Ärztelobby mag aus inhaltlicher Einsicht kommen, ist aber auch taktisch motiviert. Und die Taktik geht auf: Die Gesundheitspolitiker im Ständerat sind von den Vorschlägen der Ärzteschaft beeindruckt – und nun ihrerseits zu einem Kompromiss bereit: Sie wollen vorderhand darauf

verzichten, die von den Ärzten heftig bekämpfte und in einer Volksabstimmung schwer durchsetzbare Aufhebung des so genannten Vertragszwangs zu verwirklichen. Die Kassen sollen also weiterhin mit allen Ärzten abrechnen müssen. Als Alternative zur Aufhebung des Vertragszwangs will die Gesundheitskommission des Ständerats jetzt Managed-Care-Modelle gezielt fördern. Mit solchen Netzwerken könnten rund 20 Prozent der Kosten gesenkt werden, sagt Kommissionspräsidentin Erika Forster. Die Ärztelobby anerkennt inzwischen, dass echte Netzwerke nicht lose Zusammenschlüsse auf dem Papier sind, sondern auf Verträgen zwischen Kassen und Ärztenetzen beruhen, welche «gegebenenfalls eine Budgetverantwortung» enthalten.

Heute lässt sich erst ein kleiner Teil der Patienten in Netzwerken

MANAGED CARE

In der Managed-Care-Medizin begleiten **die gleichen Ärzte** die Behandlung eines Patienten von A bis Z. Dabei arbeiten sie mit fixen von ihnen ausgewählten Spezialisten und Spitalern zusammen. Ziel ist eine **haushälterische Medizin**, die Doppelspurigkeiten vermeidet. Echte Managed-Care-Medizin beinhaltet für den Arzt eine **Budgetverantwortung** in irgendeiner Form. Der Arzt wird also anders als im herkömmlichen System nicht für einzelne Leistungen entschädigt. Zu Managed-Care-Modellen im engen Sinn zählen ärztliche HMO-Gruppenpraxen, die für die Behandlung der Patienten mit Kassen ein Budget ausgeben und nicht gebrauchtes Geld als Gewinn beziehen, sowie **Hausarztnetze**, die ebenfalls auf diese Weise belohnt werden. (paf)



Ärztchef **de Haller**: «Die Zeit der Einzelkämpfer ist vorbei.» KEY

behandeln. Zudem haben nicht alle Kassen solche Angebote, und vielerorts wollen sich die Ärzte nicht einbinden lassen. Mit Anrei-

zen auf alle Seiten soll sich dies jetzt ändern. Zur Diskussion stehen verschiedene Varianten:

• **Köder für Patienten:** Wer sich in Ärztenetzen oder einer HMO-Gruppenpraxis behandeln lässt, trägt einen Selbstbehalt von 10 Prozent. All jene, die sich anders versorgen und auf der vollen freien Arztwahl bestehen, müssen 20 oder 30 Prozent Selbstbehalt übernehmen. Denkbar sind auch stärkere Prämienrabatte für Versicherte in Managed-Care-Modellen. Je mehr Patienten in Netzwerke wechseln, desto attraktiver werden diese auch für Ärzte.

• **Belohnung für Ärzte:** Als zusätzlichen Anreiz für die Mediziner schlägt die Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga in einer Motion höhere Arzttarif-Taxpunkte für jene Ärzte vor, die in einem Netz mit Budgetverantwortung oder einer HMO-Praxis arbeiten.

• **Anreiz für die Kassen:** Vor allem bei chronischkranken Menschen lässt sich dank der umfassenden Begleitung und Beratung im Netzwerk Geld sparen. Damit die Kassen von diesen Sparanstrengungen einen Nutzen haben, muss der Risikoausgleich so geändert werden, dass die Ausgleichszahlungen ins Netzwerk fliessen. Es braucht also auch innerhalb der Kassen einen neuen Risikoausgleich.

Unklar ist, was dort passieren soll, wo weder die Kassen noch die Ärzte Lust zeigen, Netzwerke aufzubauen. Eine Möglichkeit wäre, den Kassen das Recht zu geben, eine Liste ausgewählter Ärzte zusammenzustellen. Patienten, die sich auf diese Ärzte beschränken, würden mit dem tieferen Selbstbehalt belohnt.

«Ein gewisser Schwung»

Der Krankenkassenverband Santésuisse ist zwar weiterhin der Meinung, dass mit der Aufhebung des Vertragszwangs mehr Dynamik Richtung Ärztenetze entstünde – weil so der Druck auf die Ärzte grösser wäre. Doch Sprecher Peter Marbet räumt ein, dass auch der Alternativvorschlag einen «gewissen Schwung» brächte. Allfällige höhere Taxpunktwerte für Ärzte in Netzen müssten aber bei den Medizinerinnen ausserhalb dieser Modelle kompensiert werden. Die Kassen verlangen zudem bei Netzwerk-Modellen mehrjährige Verträge, damit die Patienten nicht abspringen, sobald sie ernsthaft krank sind.

Ihre Vorschläge will die Gesundheitskommission des Ständerats nächste Woche an einer zweitägigen Sitzung bereinigen. Traktandiert ist die Vorlage für die Parlamentssession im Herbst in der Bündner Bergluft.

Die Linke in der Klemme

Die forcierte Förderung von Ärztenetzen bringt die SP in argumentative Not. Die oben skizzierte Vorlage, die laut der Ärzteschaft Qualität und Kostenbewusstsein versöhnt, beruht auf einer Angebotsvielfalt in der medizinischen Versorgung – und dies setzt den Wettbewerb unter den Krankenkassen voraus. Aber diesen Wettbewerb will die Linke mit ihrer Initiative für eine Einheitskasse aushebeln.

Die angepeilte Managed-Care-Vorlage sei mit der Einheitskasse nicht vereinbar, sagt Jacques de Haller, Präsident der Ärztevereinigung FMH. Wie will also die Linke im Herbst oder

Winter im Parlament die von fast allen Seiten als sinnvoll bewertete Managed-Care-Vorlage unterstützen und wenige Wochen später im Abstimmungskampf um die Einheitskasse für diese werben?

Programmiert ist ein Konflikt zwischen SP-Gesundheitspolitikerinnen und -politikern aus der Deutschschweiz, die wie die Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga Ärztenetze favorisieren, sowie Gewerkschaftern und welschen Sozialdemokraten. Diese reden der totalen freien Arztwahl das Wort und fordern gleichzeitig noch Verstärkungsschritte. (paf)

Zu Gast bei Freunden

Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer auf Staatsbesuch

Der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer ist am Donnerstag zusammen mit seiner Frau Margit zu einem zweitägigen Staatsbesuch in der Schweiz empfangen worden. Nach einem offiziellen Gespräch mit Bundespräsident Leuenberger betonten beide Länder ihre «perfekte Freundschaft».

Wie Bundespräsident Moritz Leuenberger vor den Medien sagte, sicherte er dem Bundespräsidenten und auch dem Bundesland Vorarlberg volle Mitsprache in je-

nen Fragen zu, die über die Landesgrenzen hinaus von Bedeutung seien – namentlich die Planung eines möglichen Atomüllagers im zürcherischen Benken und die Verfahren zur Neuordnung des Betriebs auf dem Regionalflugplatz Altenrhein. Fischer wie auch der ebenfalls anwesende Landeshauptmann des Bundeslandes Vorarlberg, Herbert Sausgruber, bedankten sich für die konziliante Haltung der Schweiz in diesen regionalen Fragen und würdigten das Angebot als positiv.

In internationaler Hinsicht standen der aktuelle Nahostkonflikt und die Lage im Osten Europas im Zentrum der Gespräche. Leuenberger zeigte sich dabei überzeugt, dass es auch kleinen neutralen Staaten möglich ist, in solchen Krisenregionen politischen Einfluss zu nehmen – etwa als Teil der Vereinten Nationen. Fischer seinerseits strich die Bedeutung der EU-Osterweiterung heraus, die auch als Projekt des Friedens zu verstehen sei. Heute fahren die Gäste ins Tessin. (ap)

Gegen die Tricks der Fuhrhalter

LSVA Die Oberzolldirektion will gegen Transporteure vorgehen, die den Bund um die Schwerverkehrsabgabe (LSVA) prellen. Sie hat eine Verordnungsänderung in die Vernehmlassung geschickt, mit der die Tricks zum Umgehen der Abgabe unterbunden werden sollen.

Laut Zollverwaltung sind dem Bund allein 2005 durch ausstehende LSVA-Rechnungen 10 Millionen Franken Einnahmen entgangen. Ein gängiger Trick ist etwa, ein mit alten Rechnungen belastetes Unternehmen Konkurs gehen zu

lassen und eine neue Firma zu gründen. Eine andere Praxis ist, Verwandte und Angestellte als neue Fahrzeughalter vorzuschreiben, wenn der ursprüngliche Halter mit einer Sperre belegt wurde.

Künftig soll die Zollverwaltung Fahrzeugen von zahlungsunwilligen inländischen Haltern die Weiterfahrt verweigern oder sie gar beschlagnahmen können, wie dies bei ausländischen Fahrzeugen möglich ist. Auch sollen landesweite Zulassungsbeschränkungen erlassen werden können. (ap)

ANZEIGE

«Das neue Asylgesetz macht leere Versprechungen, weil es gegen Missbrauch überhaupt nichts nützt.»



Isabelle Chassot, Freiburger Staatsrätin, Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, CVP

Das bürgerliche Komitee gegen das Asylgesetz.
Postfach 8154, 3001 Bern.

I. Chassot

Darum NEIN und nochmals NEIN zum unmenschlichen Asylgesetz.